

Zeitumstellung im Kalten Krieg. Eine deutsch-deutsche Posse

Von Ilse-Dorothee Pautsch (Institut für Zeitgeschichte)

Nicht nur Mauern und Stacheldraht, auch unterschiedliche Zeitzonen markierten Grenzen, die es im Kalten Krieg zu überwinden oder, besser noch, zu verhindern galt. Die Sommerzeit wurde im Ersten und Zweiten Weltkrieg eingeführt in der Hoffnung auf Energieeinsparung. Auch nach der Ölkrise Anfang der siebziger Jahre erschien das Vorstellen der Uhren im Frühling als ein geeignetes Mittel zur Eindämmung des Energieverbrauchs. Bereits 1976 entschloss sich Frankreich zu diesem Schritt, im Jahr darauf folgten die Beneluxstaaten. Die Bundesrepublik hielt sich zurück, um nicht parallel zur staatlichen Teilung Deutschlands eine Zeitgrenze zur DDR entstehen zu lassen, die die innerdeutschen Verkehrsverbindungen noch komplizierter gestaltet hätte.

Eine erste Anfrage im Juni 1976 nach einer möglichen Einführung der Sommerzeit in der DDR, verbunden mit dem Hinweis, dass auch Polen diesen Schritt gehen wolle, endete zumindest nicht völlig entmutigend. Der angesprochene Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Meißner, bestätigte, dass man von der polnischen Ankündigung "überrascht worden sei. Da aber die ČSSR seines Wissens ähnliche Pläne habe, werde sich die DDR nach seiner Einschätzung einer entsprechenden Regelung kaum entziehen können, wenn auch die Bundesrepublik Deutschland die Sommerzeit einführe." (Vermerk vom 24.6.1976, Bd. 115022).

Am 16. Februar 1977 stimmte das Bundeskabinett dem Entwurf eines Zeitgesetzes zu, das die Bundesregierung zur Einführung einer Sommerzeitregelung ermächtigte. Die Bundesregierung fasste jedoch noch keinen Beschluss, ob sie davon für 1978 oder

1979 Gebrauch machen wolle. Zunächst wurde die Ständige Vertretung in Ost-Berlin angewiesen, "auf hoher Ebene die DDR über die Überlegungen der Bundesregierung zu unterrichten, um sie auf diese Weise vorsichtig zu einer kooperativen Haltung zu bewegen. [...] Im Hinblick auf den Reiseverkehr und den Transitverkehr von und nach Berlin (West) wäre es dringend erwünscht, im bilateralen Verhältnis unterschiedliche Zeiten zu vermeiden". Die Bundesregierung bat deshalb "um eine Äußerung der DDR zur Frage, ob sie die Einführung der Sommerzeit für 1978 oder etwa für 1979 plant. Eine Entscheidung der Bundesregierung über die Einführung der Sommerzeit für 1978 müsste aus technischen Gründen bis Mitte Mai 1977 erfolgen." (Schreiben des Bundeskanzleramts vom 8.3.1977, Bd. 115022). Doch nichts bewegte sich in Ost-Berlin. 1978 wiederholte sich der Vorgang, diesmal auf protokollarisch höherer Ebene. Am 13. März erläuterte Staatsminister Wischniewski gegenüber dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Michael Kohl, dass der Bundestag die Verabschiedung des Zeitgesetzes zurückgestellt habe, um zunächst die Haltung der DDR zu sondieren. Am 23. Mai kam die offizielle Antwort: In einem Schreiben Generalsekretär Honeckers an Bundeskanzler Schmidt wurde "erneut die Auffassung bestätigt, dass sich aus der Einführung einer Sommerzeit keinerlei Vorteile, sondern effektive Nachteile auch für den Arbeits- und Lebensbereich der Menschen in verschiedenster Hinsicht ergeben würden" (Vermerk des Bundeskanzleramts vom 23.5.1978, Bd. 116435). Am 22. Juni 1978 verabschiedete der Bundestag das Zeitgesetz. Die Bundesregierung erklärte jedoch am gleichen Tag, zunächst auf die Einführung der Sommerzeit verzichten zu wollen, da eine einheitliche Regelung in West- und Mitteleuropa nicht zu erreichen sei. Eine vergleichbare Rücksichtnahme ließ Ost-Berlin nicht walten. Am 11. Oktober 1979, also lange nach dem von der Bundesregierung genannten Termin Mitte Mai, der eine geordnete Anpassung erlaubt hätte, ließ Honecker Schmidt wissen, dass in der DDR ab 1980 die Sommerzeit gelten werde (vgl. AAPD 1980, S. 1583, Anm. 34). Im Gegensatz zu den im Honecker-Schreiben vom Mai 1978 übermittelten Erkenntnissen schwärmte

Ost-Berlin nun von den Möglichkeiten des Energiesparens und der verbesserten Freizeitgestaltung (vgl. <http://www.mdr.de/damals/archiv/sommerzeit-ddr100.html>). Im Westen brach dagegen Hektik aus – in großer Eile mussten die Fahrpläne für die Bahnverbindungen in den anderen Teil Deutschlands überarbeitet und neu gedruckt werden.

Und bereits im nächsten Jahr war wieder alles anders: Am 16. Oktober 1980 teilte die DDR-Regierung mit, dass sie die Sommerzeit 1981 nicht einführen werde. Als offizielle Begründung wurde u.a. angegeben, die Zeitungstellung habe nicht zu Einsparungen geführt habe, vielmehr sei der Benzinverbrauch sogar gestiegen – Ergebnis vermehrter Ausflüge in den hellen Abendstunden. Das Auswärtige Amt machte jedoch die Entwicklung in Polen verantwortlich, insbesondere den Erfolg der Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc, der zu einer ideologischen Verhärtung Ost-Berlins geführt habe mit negativen Auswirkungen auch auf die innerdeutschen Beziehungen. Bundeskanzler Schmidt machte seinem Zorn auf Honecker in einem Gespräch mit Margaret Thatcher am 17. November 1980 Luft: "Wohl nur, um uns zu ärgern, wolle er jetzt sogar als einziger in Europa keine Sommerzeit einführen." (vgl. AAPD 1980, S. 1721).

Die DDR konnte jedoch ihre Position als "Zeitinsel" in Europa – neben den übrigen RGW-Staaten hatte selbst die UdSSR mittlerweile die Sommerzeitregelung übernommen – nicht durchhalten: Im Frühjahr 1981 wurden die Uhren wieder vorgestellt.

Doch auch in den folgenden Jahren gestaltete sich die deutsch-deutsche Zeitabstimmung nicht unproblematisch. Während 1982 die Bundesregierung im Sinne einer EG-einheitlichen Regelung die Einführung der Sommerzeit zunächst bis Mitte der 80er Jahre beschlossen hatte, machte es Ost-Berlin in jedem Herbst wieder spannend. Besonders holprig verliefen die Gespräche 1983. Am 21. Oktober berichtete die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, dass der Abteilungsleiter im MfAA Seidel mitgeteilt

habe, "seine Seite habe für 1984 die Entscheidung getroffen, die Sommerzeit nicht einzuführen". Man sei zu dem Ergebnis gekommen, die Sommerzeit bringe nichts außer Ärger in der Landwirtschaft und in den Schulen. (Fernschreiben Nr. 1568 vom 21.10.1983; Bd. 132628).

In den nachfolgenden Wochen mussten zweimal die Gespräche über den innerdeutschen Eisenbahnverkehr zwischen Deutscher Bundesbahn (DB) und Deutscher Reichsbahn (DR) ergebnislos vertagt werden. Die Vertreter der DR wollten nur auf der Basis der MEZ verhandeln und forderten von der DB die Zusicherung, alle Kosten zu übernehmen, die mit der Überbrückung der Zeitdifferenz einhergehen würden. Am 23. November beschwerte sich die DDR-Regierung im Bundeskanzleramt über die "destruktive Haltung der DB" und wies darauf hin, dass jeder Staat das souveräne Recht habe, "über die auf seinem Territorium geltende Zeitregelung zu entscheiden". (Fernschreiben Nr. 2000 des Bundeskanzleramts vom 23.11.1983; Bd. 132628). Erst am 29. Dezember teilte die Ständige Vertretung der DDR in Bonn dem Bundeskanzleramt offiziell die Beibehaltung der Sommerzeit auch für 1984 mit.

Während im Westen Europas Routine einkehrte – Ende 1984 sprach sich der Ausschuss der Ständigen EG-Vertreter in Brüssel für die Beibehaltung der Sommerzeit bis 1988 aus –, erfolgte die offizielle Unterrichtung Bonns über den Beschluss der DDR, auch 1985 die Sommerzeit einzuführen, erst am 18. Februar 1985. Doch war auch die DDR zu stark mit ihren Nachbarn wirtschaftlich verflochten, um einen Alleingang riskieren zu können. Und so stellten beide deutsche Staaten parallel die Uhren um, bis die Wiedervereinigung 1990 auch dieses Problem löste.

Annotationen:

Der Jahrgang 1980 der Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) ist als [e-book](#) bestellbar.

Die sechsstelligen Bandnummern bezeichnen Bände im Politischen Archiv des

Berliner Kolleg Kalter Krieg 2017
Ilse-Dorothee Pautsch
Zeitungstellung im Kalten Krieg



Auswärtigen Amts, Zwischenarchiv.

Dr. Ilse-Dorothee Pautsch ist wissenschaftliche Leiterin der Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ im Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Auswärtiges Amt

Die von den einzelnen Autoren und Autorinnen veröffentlichten Texte und Artikel geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Zitierempfehlung:

Ilse-Dorothee Pautsch, Zeitungstellung im Kalten Krieg. Eine deutsch-deutsche Posse. 21.3.2017, URL: <http://berlinerkolleg.com/de/blog/zeitumstellung-im-kalten-krieg-eine-deutsch-deutsche-posse>. (Bitte fügen Sie in Klammern das Datum des letzten Aufrufs dieser Seite hinzu.)

Changing Time(s) in the Cold War.

An Inter-German Farce

By Ilse-Dorothee Pautsch (Institute for Contemporary History)

Walls, barbed wire and time zones: They all marked Cold War borders that had to be overcome, or, perhaps, prevented in the first place. Daylight savings time (DST) was introduced during the First and Second World Wars in hopes of conserving energy. Moving clocks forward by an hour in spring also seemed like a welcome way to save resources following the energy crisis of the early 1970s. France enacted DST in 1976, joined the following year by the Benelux states. West Germany hesitated, hardly enthusiastic about adding a temporal border with the GDR to the existing geographical and political division of the two German states. Doing so would make cross-border transportation even more complicated than it already was.

An initial inquiry in June 1976 regarding a possible introduction of DST in East Germany, together with a reminder that Poland was intending to do so, was not completely discouraging. The counselor approached at the East German Permanent Representation, Meissner, confirmed that the Polish initiative had taken them by surprise. "Since, however, according to his knowledge the CSSR had similar plans, he expressed the belief that the GDR would hardly be able to resist enacting a comparable measure once the Federal Republic also introduces daylight savings time." (Memo of 24 June 1976, vol. 115022)

On 16 February 1977, the Bonn cabinet approved a draft law empowering the West German government to introduce DST. The government, however, still undecided

whether to begin DST in 1978 or 1979, held back on the matter. The West German representation in East Berlin was instructed to "inform the GDR at a senior level regarding the intentions of the Federal Government in hopes of carefully encouraging a cooperative stance in this manner. [...] In light of travel- and transit traffic to and from Berlin (West) we urgently wish to avoid differing times in the bilateral relationship." The West German government therefore requested "a statement from the GDR on the question of whether it plans to introduce DST in 1978 or perhaps 1979. For technical reasons, a decision by the Federal Government on introducing DST for 1978 would have to be taken by mid-May, 1977." (Note from the Federal Chancellery of 8 March 1977, vol. 115022). There was no response from East Berlin.

The procedure was repeated in 1978, this time at an even higher level. On 13 March, West German deputy chancellery minister Hans-Jürgen Wischnewski informed the Director of the East German Permanent Representation in Bonn, Michael Kohl, that the Bundestag had postponed passing a DST law to allow the East German side's position to be taken into account. The official reply came on 23 May. A letter from East German leader Erich Honecker to Chancellor Helmut Schmidt "confirmed the opinion that introduction of DST would yield no advantages, but indeed practical disadvantages for people's lives and work in the most diverse respects." (Memo of the Federal Chancellery of 23 May 1978, vol. 116435). The Bundestag passed the legislation authorizing DST on 22 June 1978. The Bonn government stated, however, that it would forego enacting DST because uniform regulations in Western and Central Europe could not be achieved. East Berlin did not exercise any such consideration. On 11 October 1979, long after Bonn's mid-May deadline for making the necessary adjustments, Honecker informed Schmidt that DST would take effect in East Germany from 1980 (see also AAPD 1980, p. 1583, note 34). In contrast to the opinions conveyed in Honecker's letter of May 1978, East Berlin was suddenly singing the praises of the opportunities for energy savings and leisure activities (see also <http://www.mdr.de/damals/archiv/sommerzeit->

[ddr100.html](#)). The West Germans, meanwhile, were forced into a mad rush. Timetables for rail connections with East Germany had to be revised and reprinted at top speed.

The very next year, again, everything changed. On 16 October 1980, the East German government announced it would not implement DST in 1981. Official reasons were e.g. that, instead of resulting in savings, the time shift actually increased gasoline consumption, thanks to a spike in excursions during the daylight evening hours. The Foreign Office in Bonn, however, suspected that developments in Poland were the real cause, especially the successes of the Solidarnosc labor movement, which it said had led to a more hardline stance in East Berlin with negative effects including relations with the Federal Republic. Chancellor Schmidt vented his anger at Honecker during talks with Margaret Thatcher on 17 November 1980: "He's now going to be the only one in Europe to not introduce daylight savings time, probably just to annoy us" (see also AAPD 1980, p. 1721). However, East Germany proved unable to remain Europe's "island in time" – along with the other eastern bloc states, even the Soviet Union had decided to adopt the time change. Hence, in the spring of 1981, the clocks were moved forward after all.

Yet even in subsequent years, coordinating time would not be problem-free between the two Germanys. While Bonn had decided in 1982 to implement DST through the mid-1980s as part of an EC-wide arrangement, East Berlin kept matters suspenseful every autumn. Negotiations proved especially rocky in 1983. On 21 October, West Germany's Permanent Representation reported having been informed by East German Foreign Ministry official Karl Seidel that "his side had decided not to implement daylight savings time in 1984." The Representation said the East Germans had concluded that DST had caused nothing but trouble in schools and agriculture (Telex Nr. 1568 from 21 October 1983, vol. 132628).

In the following weeks, talks over cross-border rail traffic between the East- and West German railway authorities broke off twice without result. The East Germans wanted to

negotiate only on the basis of Central European Time and demanded Bonn take on all costs incurred by bridging the time difference. On 23 November, the East German government complained to the Chancellery over the "destructive stance of West German Rail" and pointed out that each state had the right "to decide for itself which time regulation to apply to its own territory" (Telex Nr. 2000 of the Federal Chancellery of 23 Nov. 1983, vol. 132628). Only on 29 December did the Permanent Representation in Bonn officially inform the Chancellery that East Germany would keep DST in 1984. Whereas routine set in Western Europe – in December 1984 the EC's Committee of Permanent Representatives backed extending DST through 1988 – East Germany's official note informing Bonn of its decision to implement DST in 1985 arrived only on 18 February 1985. Yet even East Germany was too closely tied to its western neighbor to actually risk going it alone. Both German states would from then on synchronize changing their clocks until reunification in 1990 finally solved this problem as well.

Notes:

The 1980 edition 1980 of the Files on Foreign Policy of the Federal Republic of Germany (AAPD) can be ordered as an [e-book](#).

The six-figure volume numbers identify volumes in the Political Archive of the Foreign Office, intermediate archive (Zwischenarchiv).

Dr. Ilse-Dorothee Pautsch is Director of the edition "Files of the Foreign Policy of the Federal Republic of Germany" at the Institute of Contemporary History's Foreign Office Department.

The opinions expressed by individual authors in these texts do not necessarily reflect those of the editors.

Berliner Kolleg Kalter Krieg 2017
Ilse-Dorothee Pautsch
Zeitumstellung im Kalten Krieg



Recommended citation:

Ilse-Dorothee Pautsch, Changing Time(s) in the Cold War. An Inter-German Farce. 21.3.2017, URL: <http://berlinerkolleg.com/en/blog/changing-times-cold-war-inter-german-farce>. (Please add the date of the last call to this page in brackets.)